

Klausurtagung der CSU-Landesgruppe in Wildbad Kreuth vom 7. bis 9. Januar 2015

STARKE WIRTSCHAFT – STARKES BAYERN

08.01.2015

Deutschland ist einer der attraktivsten Standorte für Unternehmen weltweit. Wir sind der wichtigste Wachstumsmotor Europas und der Stabilitätsanker in der Eurozone. Auch bei der Beschäftigung zählen wir zu den Vorreitern. Darauf können wir stolz sein – in Bayern wie im Bund. Daran wollen wir 2015 anknüpfen. Die CSU-Landesgruppe sieht sich als Anwältin der deutschen, insbesondere aber bayerischen Wirtschaft und des Mittelstands. Wir wollen das Vertrauen unserer Wirtschaftsakteure weiter stärken, die Rahmenbedingungen für Investitionen und eine hohe Industriedichte verbessern sowie wachstumsfördernde Maßnahmen ergreifen. Kurz gesagt: Wir müssen die Standortfaktoren unserer Wirtschaft stärken. Hierzu zählen eine leistungsfähige Infrastruktur, solide Finanzen und Steuern, ein robuster Arbeitsmarkt, weniger Bürokratie, eine sichere und bezahlbare Energie sowie eine erfolgreiche Außenwirtschaft.

Leistungsfähige Infrastruktur

Unser Land als zentrale Verkehrsdrehscheibe in Europa braucht Erhaltungs- und Neuinvestitionen in Milliardenhöhe. Deshalb haben wir entschieden, in dieser Legislaturperiode fünf Milliarden Euro zusätzlich in die Verkehrsinfrastruktur zu investieren. Wir erweitern die LKW-Maut und führen die Infrastrukturabgabe ein, um die Nutzerfinanzierung zu stärken. Und wir wollen zusätzliches privates Kapital mobilisieren, denn der Staat kann die dringenden Investitionserfordernisse nicht allein tragen. Die CSU-Landesgruppe fordert:

1. Datenbank für ÖPP einrichten

Die öffentlich-private Zusammenarbeit in Deutschland sollte durch eine Datenbank gefördert werden, die einen Überblick über geplante Infrastrukturvorhaben liefert, um Investoren und Auftraggeber zusammenzubringen. Dies wäre vor allem für unsere mittelständischen Unternehmen wichtig, die hierdurch die Möglichkeit erhalten würden, ihre Kräfte zu bündeln und gemeinsame Angebote abgeben könnten.

2. Verpflichtende Wirtschaftlichkeitsprüfung einführen

Wir wollen, dass bei allen Infrastrukturvorhaben auf Basis sorgfältiger Planung eine Wirtschaftlichkeitsprüfung verpflichtend durchgeführt wird, bei der eine tatsächlich mögliche Projektrealisierung durch den Staat einer Projektrealisierung unter Beteiligung privater Investoren gegenübergestellt wird. Nur so kann die volkswirtschaftlichste Realisierungsvariante für ein Projekt ermittelt werden.

3. Stabile Rahmenbedingungen für Investoren schaffen

Institutionelle Investoren wie Versicherer sind verlässliche Kapitalgeber und auf langfristig erfolgreiche Projekte angewiesen. Sie werden dann investieren, wenn sie verlässliche und stabile regulatorische Rahmenbedingungen für ihre Vorhaben vorfinden. Dazu gehören u. a. Projektlaufzeiten von mindestens 20 Jahren. Zudem muss das Risiko für die Investoren kalkulierbar sein. Deshalb wollen wir, dass z.B. eine Förderbank als Sicherungsgeber für wichtige ÖPP-Projekte zur Verfügung steht.

Solide Finanzen und Steuern

Wir haben unser Versprechen gehalten und für 2015 einen ausgeglichenen Bundeshaushalt vorgelegt. Das schafft Vertrauen in den Wirtschaftsstandort Deutschland. Wir haben die Schuldenspirale verlassen und kommen ab sofort und in Zukunft mit dem Geld aus, das wir einnehmen. Damit geben wir Wirtschaft und Beschäftigten ein Signal der Stabilität und der langfristigen Handlungsfähigkeit. Mit dem Investitionspaket von 10 Milliarden Euro für die Jahre 2016 bis 2018, das wir auf Bundesebene auf den Weg gebracht haben, haben wir gezeigt, dass Sparen und Investieren keine Gegensätze sind, sondern eine Frage der richtigen Prioritätensetzung. Die CSU-Landesgruppe macht sich dafür stark, jetzt die steuerpolitischen Weichen für eine innovative Wirtschaft und einen starken Mittelstand zu stellen. Deshalb fordern wir:

1. Keine Steuererhöhungen – keine Zementierung des Solidaritätszuschlags

Deutschland hat ein wettbewerbsfähiges Steuersystem. Wir wollen, dass das so bleibt. Dazu gehört für uns der Verzicht auf jegliche Steuererhöhungen. Das haben wir versprochen und wir stehen zu unserem Wort. Deshalb lehnen wir es ab, den Solidaritätszuschlag in die Tarife der Einkommen- und Körperschaftsteuer zu integrieren und ihn damit auf immer und ewig zu zementieren. Die CSU-Landesgruppe erteilt Steuererhöhungen auf ganzer Linie eine Absage. Auch den heimlichen Steuererhöhungen werden wir ein Ende bereiten und ab dem 1. Januar 2017 mit dem Abbau der kalten Progression beginnen.

2. Steuervermeidung eindämmen

Wir wollen ein gerechtes Steuersystem – national und international. In den vergangenen Jahren haben sich international agierende Konzerne zunehmend ihrer Verpflichtung entzogen, einen gerechten Beitrag zum Staatshaushalt zu leisten. Unterschiedliche Steuerregelungen im In- und Ausland und individuelle Vorzugsbehandlungen einiger Staaten haben es ihnen leicht gemacht. Kleine und mittlere Unternehmen haben diese Möglichkeiten nicht. Ihre höhere Steuerbelastung verursacht Wettbewerbsnachteile. Diesen Zustand werden wir nicht länger akzeptieren. Wir begrüßen daher die Einigung des europäischen Finanzministerrates, konkrete Maßnahmen gegen Steuervermeidung zu ergreifen. Wir fordern alle EU-Staaten dazu auf, an der zügigen Umsetzung dieser Maßnahmen mitzuwirken. Wir fordern, die internationalen Arbeiten gegen Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung (BEPS-Initiative) zu beschleunigen. Gewinne müssen an dem Ort besteuert werden, wo sie erwirtschaftet werden.

3. Innovationen fördern und Gründerdynamik erhöhen

Die wirtschaftliche Stärke Deutschlands ist auch der Innovationsfreude und Forschungsstärke seiner Unternehmen zu verdanken. Erfolgreiche Forschung und mutige Unternehmensgründungen schaffen Arbeitsplätze und steigern die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft. Bayern zählt zu den forschungsstärksten Regionen in Deutschland. Auch bei den Wagniskapitalinvestitionen liegt Bayern mit an vorderster Position. Dennoch haben Bayern und Deutschland im internationalen Vergleich bei den Wagniskapitalinvestitionen noch Nachholbedarf. Mangelnde Investitionsmittel behindern die Gründung innovativer Unternehmen und hemmen das Wachstum erfolgreicher Start-ups. Die CSU-Landesgruppe setzt sich daher dafür ein, die steuerlichen Rahmenbedingungen für Wagniskapitalinvestitionen zügig zu verbessern, um sie für Investoren aus dem In- und Ausland attraktiver zu machen. Im Bereich Forschung und Entwicklung wollen wir den Anteil kleiner und mittlerer Unternehmen an der Forschungstätigkeit erhöhen. Dazu wollen wir die in Deutschland bewährte Projektförderung ergänzen und kleine und mittlere Unternehmen bei Forschung und Entwicklung durch gezielte steuerliche Anreize verstärkt fördern.

Robuster Arbeitsmarkt

Heute sind über 43 Millionen Menschen erwerbstätig, davon sind fast 30,7 Millionen sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Gegenüber 2005 hat sich die Arbeitslosenquote fast halbiert. An diese großartigen Erfolge wollen wir anknüpfen. Angesichts des

derzeit wirtschaftlich schwierigen Umfelds ist es umso wichtiger, den Wirtschaftsstandort Deutschland weiter zu stärken. Deshalb fordert die CSU-Landesgruppe:

1. Zeitarbeit als Beschäftigungsinstrument stärken

Zeitarbeit ist ein wichtiges arbeitsmarktpolitisches Instrument. Sie bietet Unternehmen Flexibilität für Auftragsspitzen und arbeitslosen Menschen die Chance auf eine sozialversicherspflichtige Beschäftigung. Davon profitieren vor allem Langzeitarbeitslose, Geringqualifizierte und Berufseinsteiger. Zeitarbeit stellt eine stabile Brücke in den ersten Arbeitsmarkt dar, für Geringqualifizierte ist Zeitarbeit oftmals der einzige Weg in Beschäftigung. Das beweist: Zeitarbeit ist eindeutig die bessere Alternative als Arbeitslosigkeit. Wir wollen deshalb das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz weiterentwickeln. Die CSU-Landesgruppe steht zu den Verabredungen im Koalitionsvertrag. Danach soll eine Überlassungshöchstdauer von 18 Monaten gesetzlich festgelegt werden. Schon heute ist die Hälfte aller Zeitarbeitsverhältnisse in Deutschland kürzer als drei Monate. Bei der gesetzgeberischen Umsetzung werden wir darauf achten, dass die gleichzeitig vorgesehene tarifliche Öffnungsklausel praktikabel und interessengerecht ausgestaltet wird. Denn wichtig ist: Betrieben muss ausreichender Spielraum für anderweitige Festlegungen der Überlassungshöchstdauer bleiben. Abweichende branchenspezifische und betriebsnahe Lösungen müssen weiter möglich sein. Allerdings darf Zeitarbeit auch nicht zu Lohndumping führen. Je weiter und je länger die Bezahlung von Zeitarbeitnehmern und Stammbeslegschaft auseinanderfällt, desto schwieriger ist dies unter Gerechtigkeitsgesichtspunkten zu rechtfertigen. Für die CSU-Landesgruppe gilt der Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“. Vor diesem Hintergrund halten wir es für richtig, dass Zeitarbeitnehmer künftig spätestens nach neun Monaten bei der Bezahlung mit der Stammbeslegschaft gleichgestellt werden. Equal pay nach neun Monaten ergänzt das bestehende Modell der tariflichen Branchenzuschläge und deckt sich mit dem Ansatz der Tarifpartner, die Lohnlücke schrittweise zu schließen.

2. Missbrauch von Werkverträgen verhindern

Auch Werkverträge sind seit Jahrzehnten Bestandteil unserer arbeitsteiligen Gesellschaft. Es gibt keinen Grund, klassische Werkverträge gesetzlich einzuschränken. Entsprechende Vorstöße des Bundesrates aus der vergangenen Legislaturperiode sind gescheitert und wurden nicht weiter verfolgt. Wird dagegen ein Werkvertrag nur als solcher bezeichnet, obwohl eher eine Arbeitnehmerüberlassung oder ein reguläres Arbeitsverhältnis vorliegt, so ist er rechtswidrig. Konstruktionen, die nur als Werkvertrag geschlossen werden, um arbeitsrechtliche Schutzvorschriften zu umgehen, muss bei der Umsetzung bestehender gesetzlicher Vorschriften effektiv begegnet werden. Die CSU-Landesgruppe will den Missbrauch von Werkvertragsgestaltungen verhindern. Der Koalitionsvertrag bietet den notwendigen und ausreichenden Handlungsrahmen.

3. Fachkräftebedarf sichern

Eine verbesserte Anerkennung von ausländischen Qualifikationen und eine gezielte, bedarfsgebundene Zuwanderung fördern wirtschaftliches Wachstum und den Wohlstand in unserem Land. Wir unterstützen daher Initiativen der Wirtschaft und des Handwerks, bereits Schüler und Jugendliche mit Migrationshintergrund an Berufsbilder heranzuführen, um ihnen den Übergang in das Berufsleben zu erleichtern. Staatliche Maßnahmen zur Förderung der Ausbildungsreife und der Übernahme in ein Ausbildungsverhältnis sowie Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen für alle Alters- und Bildungsgruppen müssen dieses Vorgehen ergänzen.

Sichere und bezahlbare Energie

Die Umstellung unserer Energieversorgung auf Erneuerbare Energien, für die sich Deutschland 2011 entschieden hat, läuft bisher sehr erfolgreich. Sie stellt unser Land allerdings auch vor große Herausforderungen. Wie diese bewältigt werden können, wird in Bayern im Rahmen eines Energiedialogs diskutiert. Unser Ziel ist es, auch künftig eine sichere und bezahlbare Energieversorgung zu gewährleisten. Deshalb fordert die CSU-Landesgruppe:

1. Markt für elektrische Leistung schaffen

Um Versorgungssicherheit gewährleisten zu können, brauchen wir auch künftig hocheffiziente, konventionelle Kraftwerke. Bei dem derzeitigen Marktdesign besteht allerdings die Gefahr, dass keine Ersatzkapazitäten in Form von hocheffizienten konventionellen Kraftwerken mehr entstehen. Die CSU-Landesgruppe fordert deshalb, dass nicht nur elektrische Arbeit, sondern künftig auch Kapazität auf einem entsprechenden Markt honoriert werden muss. Für die mittlere Frist haben wir im Koalitionsvertrag festgeschrieben, dass ein entsprechender Kapazitätsmechanismus zu entwickeln ist. Wir fordern, dass die Bundesregierung dem hierzu bereits begonnenen Diskussionsprozess schnellstmöglich gesetzgeberische Maßnahmen folgen lässt, spätestens bis Sommer 2015. Für die Zeit bis zur Implementierung eines Kapazitätsmechanismus fordert die CSU-Landesgruppe, eine Übergangslösung zu treffen. Der CSU-Landesgruppe geht es bei der Überarbeitung des Marktdesigns ausdrücklich nicht um die Subventionierung alter Kohlekraftwerke, sondern um einen breitere, d. h. technologieoffene, wettbewerbliche und europakompatible Lösung, die neben gesicherten Erzeugungskapazitäten auch Speicher und Lastmanagement einbezieht. Um dies gewährleisten zu können, müssen wir neben der Entwicklung eines Marktdesigns auch die notwendigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Speicher schaffen.

2. Steuerliche Förderung der Gebäudesanierung zügig und sachgerecht umsetzen

Im Gebäudebereich liegen enorme Energieeffizienzpotentiale. Diese müssen noch besser genutzt werden. Die CSU-Landesgruppe begrüßt, dass künftig mehr Impulse für die energetische Gebäudesanierung durch eine steuerliche Förderung gesetzt werden sollen. Dieser Schritt ist nach dem Scheitern entsprechender Pläne am rot-grünen Bundesrat vor zwei Jahren längst überfällig. Wir fordern, ihn schnellstmöglich umzusetzen. Eine steuerliche Förderung der Gebäudesanierung wird neben unseren Bürgerinnen und Bürgern auch unserer Wirtschaft zugutekommen, da sie erhebliche Investitionen auslösen wird. Für die Ausgestaltung fordert die CSU-Landesgruppe, dass nicht nur Gesamt-, sondern auch Einzelmaßnahmen förderfähig sein müssen.

Bürokratieabbau auf nationaler und europäischer Ebene vorantreiben

Unnötige Bürokratie kostet unsere Unternehmen Zeit und Geld und verhindert so Investitionen, Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Deutschland hat beim Bürokratieabbau in den letzten Jahren viel erreicht. Auch auf europäischer Ebene gab es mit Unterstützung der Stoiber-Gruppe wesentliche Fortschritte. Doch nach wie vor gibt es erhebliches Entlastungspotenzial. Deshalb müssen wir unsere Anstrengungen im Kampf gegen unnötige Bürokratie verstärken. Die CSU-Landesgruppe fordert:

1. Bürokratiekostenberechnungen verbessern

Abgesehen von gesetzlich notwendigen Eilfällen sollten Fristen zur Stellungnahme so bemessen sein, dass der Nationale Normenkontrollrat seinem Prüfauftrag angemessen nachkommen kann. Bei schwerwiegenden Fehlern oder wesentlichen Lücken in den Berechnungen der Bürokratiekosten sollten Gesetzesvorhaben grundsätzlich angehalten werden.

2. Eckpunkte zur Entlastung der mittelständischen Wirtschaft von Bürokratie umsetzen

Die am 11. Dezember 2014 verabschiedeten Eckpunkte zum Bürokratieabbau sollten zügig im Sinne einer nachhaltigen Entlastung der Wirtschaft von Bürokratiekosten umgesetzt werden. Insbesondere die sogenannte „One-in, One-out“-Regelung sollte unverzüglich eingeführt werden, so dass neue Belastungen für Unternehmen durch Regelungsvorhaben nur dann zulässig sind, wenn sie in gleichem Maße an anderer Stelle abgebaut werden. Auch Maßnahmen zur Entlastung von Start-ups und jungen Gründern sollten vorrangig angegangen werden.

3. Dokumentationspflichten beim Mindestlohn verringern

Die Bundesregierung sollte weitere Maßnahmen zur Entlastung der Wirtschaft prüfen und umsetzen. Die Landesgruppe mahnt angesichts der vielfältigen Beschwerden vor allem seitens des Handwerks eine kritische Evaluierung der Dokumentationspflichten beim Mindestlohn an. Ziel sollte eine Verringerung des Bürokratieaufwands für Unternehmen sein. Auch im Bereich der Landwirtschaft sollten Dokumentations- und Meldepflichten einer umfassenden Prüfung mit dem Ziel einer Vereinfachung und Verringerung der Bürokratiekosten unterzogen werden.

4. Bürokratieabbau auf europäischer Ebene voranbringen

Die neue EU-Kommission hat mit der Ernennung von Frans Timmermans zum Ersten Vizepräsidenten mit dem Portfolio für bessere Rechtsetzung und der Berufung von Edmund Stoiber zum Sonderberater für bessere Rechtsetzung deutlich gemacht, dass sie den Bürokratieabbau weiter voranbringen will. Die CSU-Landesgruppe unterstützt die Initiativen zur Verringerung der Belastungen für Unternehmen und die Weiterentwicklung des Ausschusses für Folgenabschätzung hin zu mehr Unabhängigkeit. Angesichts der schwierigen Lage der Wirtschaft in Teilen der EU sollten die Maßnahmen zur Entlastung der Wirtschaft von unnötiger Bürokratie weiter verstärkt werden.

Erfolgreiche Außenwirtschaft

Unser Wohlstand beruht auf offenen Märkten und freiem Handel. Sie eröffnen Chancen und Möglichkeiten für mehr Wachstum und Beschäftigung und aussichtsreiche Perspektiven für unsere junge Generation. Die Freihandelsabkommen mit Kanada und den USA sind daher für unsere Außenwirtschaft von zentraler Bedeutung. In Deutschland hängt fast jeder vierte Arbeitsplatz vom Export ab. Auch unsere Landwirtschaft hat ein hohes Exportinteresse. Größter Absatzmarkt für Exporte außerhalb Europas sind die USA. Für Bayern ist der US-Handel besonders wichtig, da wir mit 24 % den größten Anteil an US-Exportwaren halten. Das transatlantische Partnerschaftsabkommen mit den USA soll durch Annäherung der beiden größten Wirtschaftsräume die größte Freihandelszone der Welt schaffen. Für die CSU-Landesgruppe steht fest:

1. Chancen für den Mittelstand eröffnen

Neben den großen Industrieunternehmen würde auch der deutsche Mittelstand durch die Anerkennung gleichwertiger Standards und Normen sowie entsprechender Prüfungs- und Zulassungsverfahren profitieren. Gerade für kleine und mittlere Unternehmen sind der administrative Aufwand und die Zusatzkosten für Doppelprüfungen und mehrfache Zertifizierungen oftmals unüberwindbare Markteintrittsbarrieren.

2. Hohe Schutzstandards beibehalten

Unsere hohen europäischen Schutzvorschriften und Standards – insbesondere in den Bereichen Gesundheit, Sicherheit, Arbeit, Verbraucher, Umwelt sowie kulturelle Vielfalt – stehen nicht zur Disposition. Die gegenseitige Anerkennung gleichwertiger Regelungen heißt eben nicht, dass unsere deutschen und europäischen Standards aufgeweicht oder abgesenkt werden. Mit den Freihandelsabkommen hat Europa die Chance, unsere Werte zu exportieren und gemeinsam mit Kanada und den USA, die Standards für das 21. Jahrhundert zu setzen.

3. Öffentliche Daseinsvorsorge unangetastet lassen

Die öffentliche Daseinsvorsorge soll durch die Freihandelsabkommen nicht berührt werden. Unser Schutzniveau für bestimmte grundlegende Dienstleistungen auf kommunaler Ebene in Bezug auf Wasser, Gesundheit und Bildung in Europa steht nicht zur Debatte.